

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Alle Postbestellungen, Abbestellungen und sonstige Änderungen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. d. M. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 105 — 91. Jahrgang Telegr.-Abz.: „Amtblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshel: Dresden 2640 Freitag, den 6. Mai 1932

Dollarexperimente.

Das Verlassen des Goldstandards durch das englische Pfund Sterling war eine Verweilungsmassnahme, und seitdem sind Währungsversuche in der Welt fast zu Alltagslichkeiten geworden. Nicht bloß in Europa, wo von den großen Industrieländern immer noch Deutschland, Frankreich und Italien offiziell noch am Goldstandard, also an der Kollektivierung ihrer Währung nach Gold berechnet festhalten. Nur Frankreich hat auch die Einlösungspflicht der Banknoten gegen Gold. Und es mag gleich auch noch erwähnt werden, daß das einzige Land in Europa, das eine besondere Währungsreform besitzt, Sowjetrußland ist. Der französische Franc aber und der Dollar schienen fest auf ihren goldenen Fundamenten zu stehen.

Und nun hat das Amerikanische Repräsentantenhaus ganz überraschend einen auf den Tisch des Hauses geworfenen Antrag angenommen, wonach durch einen Währungsdruck neuer Dollarnoten der Notenumlauf gewaltig ausgedehnt und damit die Kaufkraft des Dollars „devalviert“, also abgeschwächt werden soll; doch will man eine Ausweitung der Preise herbeiführen. Denn in Amerika ist es eine absolute feststehende Überzeugung: die Krise ist erst dann zu Ende, die Wirtschaftsjunktur wendet sich erst dann zum Besseren, wenn namentlich die Rohstoffpreise stabil werden und wieder anziehen. Ehe dies nicht geschieht, kann kein Mensch richtig kalkulieren oder auch nur das geringste Vertrauen zu einer stabileren Zukunft haben. Und von dieser Stabilität ist bisher nichts zu sehen, auch nichts von einer Rückkehr des Vertrauens. Und daran hat nichts geändert, daß schon vor drei Monaten Amerika zu einer „Kreditkürzung“ in gewaltigem Umfang schritt und zu diesem Zwecke auch die Goldbede des Notenumlaufs bis auf 40 Prozent verkürzen lassen will; denn man steht in den Vereinigten Staaten auf dem Standpunkt: Nur möglichst billiger und möglichst reichlicher Kredit kann in die Wirtschaft neuen Mut und neue Entschlußkraft hineinleiten; auf diese Weise sind auch die früheren Wirtschaftskrisen überwunden worden. Also mußte man alle Möglichkeiten aus, um billigen Kredit in Menge bereitzustellen.

Aber kein Mensch hat ihn haben wollen; nur die Banken machten sich auf diese Weise wieder liquide. Die Konjunktur besserte sich nicht und die Saisonbelebung vollzog sich matt und lustlos, — gerade so wie in Europa. Nichts änderte sich an der immer schärfer werdenden, zur Katastrophe emporkutschenden Wirtschaftskrise. Das Sinken der Preise setzte sich fort, und der Fall Kreuger war auch nicht gerade geeignet, das allgemeine Mißtrauen, ja die Angst vor der Zukunft zu vermindern. Außerdem mußte Amerika zu gewaltigen Steuererhöhungen greifen, um das tiefen Defizit im Haushalt des Bundes und der Staaten zu stopfen, — eine bittere und sehr unerfreuliche Notwendigkeit, der sich aber die Volkspartei durchaus nicht verschloß. Zusammengefaßt: keine Besserung in der wirklichen Vertrauenskrise, keine Stabilisierung oder gar Aufwertung der Preise, die dann schließlich doch auch die übrige Welt aus dem Jammermeer unerhörter Deflation herausreißen sollte. Was übrigens infolge des sich rasend ausbreitenden Systems allseitiger Hochschulds und infolge der ausgebliebenen Regelung der politischen Schulden doch nicht hätte erreicht werden können!

Nun bekommt der Schatzsekretär und die Bundeszentralbank fozusagen den Befehl vom Repräsentantenhaus, dafür zu sorgen, daß das Preisniveau nominal wieder die frühere Höhe erlangt, also die Kaufkraft des Dollars entsprechend gesteigert wird. So etwa um 30 Prozent. Zudem man einfach den Notenumlauf gründlich erweitert, — als ob das so „einfach“ wäre! Man spricht in Amerika mit einem gewissen Gleichmut von einer kleinen, aber „kontrollierten Inflation“ und tatsächlich würde die Verwirklichung jener Bill auch zur Aufgabe des Goldes als Wertmesser für den bisherigen Dollar führen. Man will „Geld schaffen“. Man würde aber sicherlich das eine damit erreichen: daß die Frage des Festhaltens oder Aufgebens des Goldstandards zum Weltproblem wird. Und zwar in einem Augenblick, da diese Welt überall noch mit dem Preisabbau, also einer „Deflation“ zu tun hat.

„Mehr Geld“ hätte man nur nötig, wenn der Konsum steigt und damit auch die Preise und die Erzeugung. Und darin liegt schon der Beweis dafür, daß die Krise überhaupt nicht von der Geldseite her zu lösen ist, nicht durch Währungsversuche — die nur noch größeren Schaden, größere Verwirrung bringen und bringen — sondern nur durch eine Überwindung der Kredit-, der Vertrauenskrise.

Das Memelland ist und bleibt deutsch!

Deutscher Wahlsieg im Memelland.

Bisherige Landtagsmehrheit bleibt trotz Terror und Neueinbürgerungen.

Bei den Landtagswahlen haben die memelländischen Parteien trotz litauischen Terrors und der widerrechtlichen Einbürgerung von tausenden von Großlitauern einen überwältigenden Sieg errungen. Nach dem bisher vorliegenden Gesamtergebnis (es fehlen noch 13 kleine ländliche Bezirke) wird der neue Landtag, abgesehen von kleinen Verschiebungen, fast genau dieselbe Zusammensetzung haben, als der von den Litauern aufgelöste frühere Landtag.

Von den insgesamt 29 Abgeordnetenitzen werden auf Grund der bisherigen Berechnungen auf die Landwirtschaftspartei 10 bis 11 Sitze (früher 10), auf die Volkspartei 8 (8), auf die Sozialdemokraten 2 (4), auf die Kommunisten 3 (2) und auf die litauischen Listen zusammen 5 (5) Sitze entfallen. Im einzelnen sieht das Ergebnis wie folgt aus:

Landwirtschaftspartei	22 819 (1930: 15 810)
Volkspartei	17 650 (1930: 13 709)
Sozialdemokraten	4 929 (1930: 6 886)
Kommunisten	5 271 (1930: 2 062)
Litauer insgesamt	12 005 (1930: 10 054)
Hausbesitzer	232 (1930: 1 215)

Die Wahlbeteiligung, die außerordentlich groß war, dürfte an 95 Prozent heranreichen. In einer ganzen Anzahl von Orten wählte die Bevölkerung geschlossen zu 100 Prozent. Selbst Kranke und Gebrechliche wurden auf Tragbahnen zu den Wahllokalen getragen. Das Wahlergebnis, das eine deutliche Antwort auf die litauische Gewaltpolitik darstellt, hat im ganzen Memelgebiet außerordentliche Genugung und Befriedigung ausgelöst.

Die Folgen der litauischen Wahlniederlage.

Das memelländische Wahlergebnis hat in Rownoer politischen Kreisen wie eine Bombe eingeschlagen. Den Ursachen der selbst für die stärksten Optimisten überraschend gekommenen Niederlage steht man in Regierungskreisen vorläufig noch völlig ratlos gegenüber. Der Ausgang der Wahlen, der einen völligen Zusammenbruch der bisherigen Memeländepolitik der Regierung gleichkommen dürfte, wird, so glaubt man in politischen Kreisen, ohne Zweifel schwerwiegende innenpolitische Folgen haben und wahrscheinlich auch Personalveränderungen im Kabinett und eine Abberufung des Gouverneurs Merkos nach sich ziehen. Allen Anschein deutet man auch daran, unter Umständen die Wahl für ungültig zu erklären, da in Rowno behauptet wird, es hätten 76 Reichsdeutsche (?) bei der Wahl mitgestimmt.

Folgen haben und wahrscheinlich auch Personalveränderungen im Kabinett und eine Abberufung des Gouverneurs Merkos nach sich ziehen. Die litauischen Parteien verfügten bekanntlich im letzten memelländischen Landtag über insgesamt 6 Sitze. Da aber bei der jetzigen Wahl durch die widerrechtlichen Einbürgerung von Großlitauern noch etwa 9000 litauische Stimmen hinzugekommen sind, was bei der für das jetzige Ergebnis errechneten Wahlteilnahmezahl von 2100 mindestens vier Mandate entsprechen würde, so hätten die Litauer rein rechnerisch 9 Sitze erhalten müssen. In Wirklichkeit aber stehen ihnen nach dem Wahlergebnis auch diesmal nicht mehr als 5 Mandate zu. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß auch ein Teil der neu Eingebürgerten für die memelländischen Listen gestimmt haben. Fest aber steht, daß die Zahl der ortseingewiesenen Anhänger der Litauer bis auf einen Bruchteil zusammengeschnitten sind.

Befürzung in Rowno.

Rowno, 5. Mai. Das memelländische Wahlergebnis hat in Rownoer politischen Kreisen wie eine Bombe eingeschlagen. Den Ursachen der selbst für die stärksten Optimisten überraschend gekommenen Niederlage steht man in Regierungskreisen vorläufig noch völlig ratlos gegenüber. Wie verlautet, wird das Kabinett noch am Donnerstag beim Staatspräsidenten zu einer Sitzung zusammentreten, um über die Lage zu beraten. Der Ausgang der Wahl, der als ein völliger Zusammenbruch der bisherigen Memeländepolitik der Regierung bezeichnet wird, dürfte, so glaubt man in politischen Kreisen, ohne Zweifel schwerwiegende innenpolitische Folgen haben und wahrscheinlich auch Personalveränderungen im Kabinett und eine Abberufung des Gouverneurs Merkos nach sich ziehen. Allen Anschein deutet man auch daran, unter Umständen die Wahl für ungültig zu erklären, da in Rowno behauptet wird, es hätten 76 Reichsdeutsche (?) bei der Wahl mitgestimmt.

Der Eindruck in Berlin.

Der Wahlsieg der Memelländer hat in Berliner politischen Kreisen unvorhergesehene Befriedigung ausgelöst. Es wird darauf hingewiesen, daß die Memelländer unzweifelhaft bekundet hätten, daß das Memelgebiet ein deutsches Land ist, und daß seine Bevölkerung deutsch fühlt und deutsch denkt. Die litauischen Gewalt- und Terrormaßnahmen hätten gerade das Gegenteil von dem erreicht, was beabsichtigt war.

Die Notverordnung über die politischen Verbände.

Was heißt „militärähnlich“?

Die angekündigte und lang erwartete Notverordnung des Reichspräsidenten über die Kontrolle der militärähnlich organisierten politischen Verbände ist jetzt veröffentlicht worden. Gleichzeitig eine Verordnung, die ein Verbot der kommunistischen Freidenkerorganisationen, der sogenannten „Gottlosenverbände“, ausspricht. Beide Verordnungen sind bereits in Kraft getreten. Die Fassung der ersten Verordnung wird noch zu mancherlei Zweifelsfragen Anlaß geben, insbesondere werden die Ausführungsbestimmungen des Reichsinnenministers Klarheit darüber zu schaffen haben, welche Verbände als militärähnliche politische Verbände im Sinne der Verordnung anzusehen sind.

Im einzelnen wird auf Grund des Artikels 48, Abs. 2 der Reichsverfassung folgendes verordnet: Politische Verbände, die militärähnlich organisiert sind oder sich so betätigen, und ihre Unterverbände sind verpflichtet, dem Reichsminister des Innern auf Verlangen ihre Satzungen zur Prüfung vorzulegen.

Sie haben ferner dem Reichsminister des Innern jede Satzungsänderung, soweit sie ihre Organisation oder ihre Tätigkeit betrifft, unverzüglich anzuzeigen.

Die genannten Verbände sind verpflichtet, unverzüglich jede Satzungsbestimmung zu ändern oder zu streichen und jede Bestimmung in die Satzung neu aufzunehmen, soweit dies der Reichsminister des Innern zur Sicherung der Staatsautorität für erforderlich hält; dies gilt insbesondere für Bestimmungen über die Organisation und Tätigkeit der Verbände.

Verbände, die einer Verpflichtung aus § 1 nicht nachkommen, oder einer auf Verlangen des Reichsministers des Innern geänderten oder neu aufgenommenen Satzungsbestimmung zuwiderhandeln, können vom Reichsminister des Innern mit Wirkung für das Reichsgebiet aufgelöst werden.

Gegen die Anordnung der Auflösung ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung die Beschwerde zulässig, die bei dem Reichsminister des Innern einzureichen

ist; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Über die Beschwerde entscheidet der zuständige Senat des Reichsgerichts.

Die zur Durchführung der Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern. Er bestimmt, welche Verbände als militärähnliche politische Verbände im Sinne dieser Verordnung anzusehen sind.

Die Auflösung der kommunistischen Gottlosenorganisationen.

Die Internationale proletarischer Freidenker (Zit der Exekutive Berlin) und die ihr nachgeordneten oder angeschlossenen kommunistischen Freidenkerorganisationen, insbesondere der Verband proletarischer Freidenker Deutschlands, einschließlich der proletarischen Freidenker-Jugend, der Freidenker-Pioniere und der Frauenkommissionen, sowie die Kampfgemeinschaften proletarischer Freidenker werden mit allen dazugehörigen Einrichtungen, einschließlich der Verlagsgeschäfte, für das Reichsgebiet mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Wer sich an einer Organisation, die aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt oder den von der Organisation erstrebten Zweck durch Herstellen, Einführen, Verbreiten oder Vorrätighalten von Druckschriften weiter verfolgt oder die Organisation auf andere Weise unterstützt oder den durch die Organisation geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

Werden die SA-Verbände wieder auflieben?

Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß die zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 3. Mai 1932 kein neues Recht schafft für solche Verbände, die früher aufgelöst worden sind. Die jetzt noch bestehenden Verbände seien keine parteipolitischen Verbände im Sinne der SA, die schon immer als die Organisation der

MacDonalds zweite Augenoperation glücklich verlaufen.

MacDonald wurde am rechten Auge wegen Eränen stark operiert. Eine ärztliche Mitteilung besagt, daß die Operation erfolgreich verlaufen ist.